

ermuntern, ihre Zukunft entschlossen selbst in die Hand zu nehmen.

Wir sollten uns nicht einreden lassen, dass wir unentrinnbar einem Schicksal unterliegen. Wir können unser Fortschrittsmodell, unsere Wirtschafts- und Lebensweise, das Weltfinanzsystem und die Verfassung der Welt verändern. Wir müssen es, wenn wir auf Dauer in guter Nachbarschaft mit den Menschen anderer Kulturen auf diesem Planeten überleben wollen. Woran wir wohl nichts mehr ändern können, ist die Tatsache dessen, was wir Glo-

balisierung nennen. Unsere eigene Zukunft ist unauflösbar an die Zukunft aller anderen Menschen auf der Erde gekoppelt.

Wir sollten also zugleich mutiger und bescheidener sein. Denn es bleibt bei allem Fortschritt im Wissen und Können immer noch genug übrig, was wir nicht absehen, nicht kontrollieren, nicht ändern, nicht machen können. Dies sollten wir mit Gelassenheit als Schicksal akzeptieren, und nicht den Allmachtsfantasien derer aufsitzen, die glauben machen, dass uns eines Tages alles zu Gebote stünde.



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Zuletzt erschien: *Gesellschaft in Angst: Zwischen Sicherheitswahn und Freiheit*.

johano.strasser@t-online.de

Herfried Münkler

Geordnete Sicherheit

Staatliche Sicherheitszusagen, Risikomanagement und Resilienz

Die zentrale Aufgabe einer jeden sozio-politischen Ordnung, ganz gleich, ob sie bürgerschaftlich oder herrschaftlich verfasst ist, besteht darin, Angst in Furcht und Gefährdung bzw. Bedrohung in Risiko zu verwandeln. Diese imperativische Aufgabenbeschreibung erfasst tendenziell alle Politikfelder des modernen Staates. Bereits vor Einsetzen der funktionalen Differenzierung politischer Zuständigkeitsbereiche beschäftigte sie die Herrscher der frühen Staatsbildungen am Nil, in Mesopotamien und andernorts. Die Verwandlung eines frei flottierenden Gefährdungsempfindens in eine auf ein Problem oder ein Objekt gerichtete Abwehrhaltung und die Kalkulierbarkeit von Gefahr und Bedrohung ist bis heute ein durchgängiges Legitimationsversprechen sozio-politischer Ordnungen geblieben, aus dem sie ihren Anspruch auf

Folge- und Gehorsamsbereitschaft der Bürger ableiten. Man darf das nicht mit dem utopischen Versprechen verwechseln, die Ursachen von Furcht ließen sich beseitigen und ein risikoloses Leben zu führen liege in der Reichweite von Politik. Der sozio-politischen Ordnung geht es nur um die Handhabarmachung diffuser Gefahren und Bedrohungen und eine räumliche wie zeitliche Begrenzung unserer Ängstlichkeit. Das ist zuletzt häufig in Vergessenheit geraten und hat zu übersteigerten Erwartungen an Staat und Gesellschaft geführt, denen diese prinzipiell nicht genügen können.

Es gibt mindestens drei Gründe, die für diese Selbstbescheidung von Staat und Gesellschaft sprechen, es jedenfalls als einen Akt politischer Klugheit erscheinen lassen, bei der Ausweitung von Sicher-

heitszusagen zurückhaltend zu sein. Zunächst ist da das sogenannte Sicherheitsparadox, das besagt, dass das subjektive Unsicherheitsempfinden mit einem höheren Niveau objektiver Sicherheitsindikatoren (höhere Lebenserwartung, geringere Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Todes, geringeres Elendsrisiko etc.) ansteigt. Wir registrieren die tatsächlichen Sicherheitszuwächse in der Weise, dass die verbliebenen Sphären der Unsicherheit an Aufmerksamkeit und Bedeutung für uns gewinnen. Eine Sättigung unseres Sicherheitshungers ist mit den verfügbaren Mitteln des Staates nicht möglich und angesichts unliebsamer Begleiteffekte (Überwachungs- und Kontrollregime) in der Regel auch nicht wünschbar.

Der zweite Grund für die Entstehung immer neuer Sicherheitslücken ist die Verwandlung von »Unglücksakzeptanz« in »Gerechtigkeitslücken«, wie sie von Judith Shklar paradigmatisch analysiert worden ist. Vieles von dem, was die Generation der Eltern noch als Schicksal akzeptiert und hingenommen hat, gehört für die Generation ihrer Kinder infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den Bereich staatlicher Daseinsfürsorge – jedenfalls beklagt man sich, wenn das nicht der Fall ist. Die Erweiterung des Möglichen führt zur Expansion der Erwartungen.

Und schließlich gibt es da noch die von Franz-Xaver Kaufmann beschriebenen selbstdestruktiven Effekte größerer (sozialer) Sicherheit: Die Entkoppelung von Kinderreichtum und Altersversorgung im Wohlfahrtsstaat hat zu demografischen Verwerfungen geführt, in deren Folge die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates durch den Rückgang der Bevölkerung in Frage gestellt worden sind.

Geordnete Sicherheit weiß um diese Paradoxien, Anspruchsexplosionen und Rückkopplungseffekte und versucht, geeignete Sicherungen und Sperrklinken gegen sie einzubauen. Der seit einiger Zeit

gebräuchlich gewordene Begriff dafür lautet »Resilienz«, worin die Vorstellungen von Elastizität und Biogsamkeit, aber auch Veränderungs- und Erneuerungsfähigkeit miteinander verbunden sind. Auf die drei beschriebenen Paradoxien bezogen, bedeutet Resilienz, dass das Bewusstsein für die Risiken des Lebens ein steter Begleiter der gewünschten Sicherheitsempfindungen sein muss, damit diese nicht in eine Phase hypertrophen, also ungeordneten und selbstzerstörerischen Wachstums eintreten. Ein virulentes Risikobewusstsein ist hiernach ein unverzichtbarer Begleiter aller nachhaltigen Konzeptionen von Sicherheit, weswegen in den Modellen geordneter Sicherheit immer beides zusammengeführt wird: Sicherheit und Risiko. Das Spannungsverhältnis zwischen beiden wird dabei nicht in eine evolutive Fortschrittsperspektive aufgelöst, in der es am Ende nur noch Sicherheit, aber kein Risiko mehr gibt. Recht verstanden, besagt Resilienz genau das.

Im Prinzip ist die Vorstellung von einer unverzichtbaren Besorgtheit, die durch keine Für- und Vorsorge zum Verschwinden gebracht werden darf, bereits von Augustinus und Luther im Hinblick auf die Frage des menschlichen Seelenheils entwickelt worden: Wenn die Menschen nämlich, so der Kirchenvater Aurelius Augustinus und ganz ähnlich ein Jahrtausend später der Reformator Martin Luther, sich ihres Seelenheils völlig gewiss sind, dann werden sie keinerlei Anstrengungen unternehmen, um sich der Erlösungszusage Christi zu versichern. Vielmehr werden sie sorglos dahinleben und darüber ihr Seelenheil verspielen. *Acedia*, die lateinische Bezeichnung für dieses Verhalten, ist später als »Mönchsträgheit« übersetzt worden, was bedeutet, dass sich die qua Stand der Erlösung sicheren Mönche in der besonders großen Gefahr befanden, dieses Seelenheil zu verspielen. Der zeitweilige

Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Risiko

Augustinermönch Martin Luther wusste sehr genau, warum er als Reformator des Glaubens die Auflösung der Klöster und die Zerschlagung der Mönchsorden betrieb. Die Besorgnis musste wieder zu einem unverzichtbaren Element der Lebensführung werden, wenn die Menschen sich nicht selbst verfehlen sollten.

Die Entwicklung der modernen Systeme geordneter Sicherheit ist, vermutlich ohne dass es beabsichtigt war, von Anfang an durch eine Komplementarität von staatlichen Sicherheitszusagen und gesellschaftlichem Risikomanagement in Gestalt von Versicherungen gekennzeichnet. Im Sinne der Gesellschaftsvertragstheorien sagte der Staat den Menschen die Sicherheit des Lebens (Thomas Hobbes), die Sicherheit des Eigentums (John Locke) und die Gewährleistung der Freiheit (Jean-Jacques Rousseau) zu.

Parallel dazu entwickelten sich freilich Formen des Risikomanagements, in denen auf Gefahren nicht im Sinne von Gefahrenabwehr, sondern mit Entschädigung für den Eintritt des Schadensfalls geantwortet wurde. Im Falle der Seeversicherung, der Feuerversicherung und schließlich auch der Sterbeversicherung ließ sich der Eintritt des Schadensfalls grundsätzlich nicht vermeiden, indem man aber seine Wahrscheinlichkeit kalkulierte und Vorsorge für Ausgleichszahlungen traf, minderte man deren Folgen für das Handelsunternehmen, eine Kleinstadt und die Familie. Wo man keine Sicherheit im Sinne einer zuverlässigen Blockierung des Schadensfalls herstellen konnte, setzte man auf Risikomanagement, indem kleine alltägliche Vorsorgen für den Eintrittsfall des Außeralltäglichen die Risikotoleranz erhöhten.

Staatliche Sicherheitspolitik beruht in der Regel auf Zwangsmaßnahmen: Es muss Militär aufgestellt und ausgerüstet werden, das durch Steuererhebung finanziert wird; für den Schutz des Eigentums braucht

der Staat ein verbindliches Wissen über die Eigentumsverhältnisse, eine funktionierende Verwaltung und eine korruptionsresistente Polizei. Beim Schutz der Freiheit, so gibt Rousseau zu bedenken, muss man bereit sein, die Feinde der Freiheit notfalls zu töten. Dagegen entstehen die Versicherungen zunächst auf freiwilliger Ebene: Man kann dem kollektiven Risikomanagement beitreten, weiterhin auf sein individuelles Glück setzen oder andere Ausgleichsformen im Schadensfall bevorzugen.

Über Jahrhunderte hinweg konkurrierten die Versicherungen als Solidargemeinschaften des Risikomanagements mit den Verwandtschaftssystemen um die zuverlässigere und kostengünstigere Absicherung für den Schadensfall. Mit der Zeit setzte sich die Versicherung gegen die Großfamilie und die Marktökonomie gegen die Moralökonomie durch. Kulturpessimistisch betrachtet heißt das: Es waren die Versicherungen, die die familiären Solidaritätsverpflichtungen abschwächten und schließlich fast ganz zum Verschwinden brachten. Aus einer Ansammlung von Gemeinschaften wurde die Gesellschaft.

Aber so ganz konnte und durfte der Staat es bei der freien Entscheidung bezüglich des Risikomanagements nicht belassen; vielmehr setzte er eine Reihe von Zwangsversicherungen durch: Feuerversicherung, Kfz-Haftpflichtversicherung, Sozialversicherung. Seine Fürsorgepflicht für viele wurde zur Zwangsbefugnis gegenüber einzelnen – auch das ein Kapitel in der langen Geschichte von Sicherheit und Freiheit als Komplementärpaar, das häufig mit dem von Sicherheit und Risiko in Berührung kommt. Der kleine Bereich der Terrorabwehr, der in jüngster Zeit unter dem Begriff der »Versicherheitlichung« verhandelt worden ist, stellt nur eine Momentaufnahme im unausgesetzten Aushandlungsprozess von Freiheit und Sicherheit dar.

Der Umbau des Sozialstaats im letzten Jahrzehnt kann also als eine Modifikation

Risikomanagement erhöht die Risikotoleranz

des Verhältnisses von Sicherheit und Risiko unter den veränderten Verhältnissen einer postmodernen Gesellschaft verstanden werden. Wer darin allein einen Abbau (oder gar die Zerstörung) des Sozialstaats sieht, hängt der Perspektive an, wonach Risiko in Sicherheit aufgehen soll: Wo Risiko ist, soll Sicherheit werden. Wer dagegen im Sinn der »geordneten Sicherheit« um das Risiko als paradoxen Sicherheitsgaranten weiß, wird solchen Dramatisierungen nicht folgen.

Sicherlich kann man über den Sinn der Privatisierung einzelner Risiken streiten, aber das Erfordernis, Sicherheit durch Risiko zu komplementieren, lässt sich dadurch nicht aus der Welt schaffen. Dass sich dafür inzwischen der Begriff der Resilienz eingebürgert hat, zeigt freilich ein Problem an: Die Politik traut sich nicht zu, diese Konstellation offen zu kommunizieren, und sucht deswegen Deckung hinter einer schwer zugänglichen Begrifflichkeit.



Herfried Münkler

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität in Berlin. Soeben in der edition Körber-Stiftung erschienen: *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*.

herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de

Thomas Meyer

Ängste ernst nehmen statt Angstmacherei

»Unsere Zeit ist in der Tat gefährlich. Wie wir gesehen haben, sind viele Ängste rational, und Appelle an die Angst müssen eine Rolle in einer Gesellschaft spielen, die das Leben der Menschen ernst nimmt.« So bilanziert die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum ihre Studie über Auswege aus der Politik der Angst (*Die neue religiöse Intoleranz: Ein Ausweg aus der Politik der Angst*, 2014). Sie greift damit einen epochalen Gedanken des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt auf, für den die Freiheit von Furcht eines der zentralen Grundrechte unserer Zeit werden sollte und seine Verwirklichung eine Kernaufgabe jeder ernsthaften Demokratie.

Nicht die Verleugnung also, gar Verdrängung immer wieder aufquellender Ängste hinter glitzernden Fassaden ist die Aufgabe modernen Regierens, sondern der verantwortungsvolle und offene Umgang mit ihnen. Der entscheidende erste Schritt dazu ist ihre Anerkennung, der zweite die

rationale Rückführung der Angst auf konkrete Ursachen, die tatsächlich zu fürchten sind, um sie dann gemeinsam zu überwinden. Roosevelts Appell an seine Landsleute lautete daher: Ich kenne Eure Angst und wir werden sie gemeinsam bezwingen – nicht durch die Aussonderung der Schwächeren, sondern durch die Einbeziehung aller bei der Suche nach der für alle besten Lösung.

Das war die Grundlage des *New Deal* als einer produktiven Politik gegen die Angst und, nicht weniger wichtig, ihrer großen gesellschaftlichen Akzeptanz. Sie begründete den großen historischen Gegensatz zwischen der amerikanischen Politik zur Sicherung der Zivilisation in der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Politik der Instrumentalisierung der Angst durch die Vernichtung der zu Sündenböcken gestempelten gesellschaftlichen Minderheiten: der kurze Weg in die Barbarei.